
Gudrun Witter
(email: GWitter@tls.thueringen.de)

Gemeindefinanzen in Thüringen 2000

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2000 Ausgaben in Höhe von insgesamt 7,8 Mrd. DM. Diesen standen Einnahmen von 7,9 Mrd. DM gegenüber.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2000 ein Finanzierungsüberschuss von 95 Mill. DM.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 523 Mill. DM 93 Mill. DM über der Neuaufnahme von Krediten. Der kassenmäßige fortgeschriebene Schuldenstand betrug Ende 2000 insgesamt 5,8 Mrd. DM und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2 393 DM.

Vorbemerkungen

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik geben einen aktuellen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen im Land Thüringen und bilden damit eine Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen des Landes.

Abweichend zu den Pro-Kopf-Angaben im Statistischen Bericht „Gemeindefinanzen in Thüringen 1999 und 2000“, für die die Bevölkerungszahlen am 31.3.2000 zu Grunde lagen, sind hier analog zu den Vorjahren die Bevölkerungszahlen am 30.6. die Basis für Berechnungen.

Die Daten des Jahres 2000 lassen wiederum die großen Bemühungen der Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) erkennen, ihre Ausgaben auf Konsolidierungskurs zu halten.

Die fortgesetzte Ausgabenreduzierung ist vor allem auf die weiter rückläufigen Personal- und Investitionsausgaben sowie einen Rückgang bei den laufenden Sachausgaben zurückzuführen.

Auch bei den kommunalen Einnahmen war ein Rückgang festzustellen, der vor allem aus geringeren Steuereinnahmen und niedrigeren Investitionszuweisungen resultiert.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2000 **Ausgaben** in Höhe von 7 798 Mill. DM, das waren 3 194 DM je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenrückgang um rund 452 Mill. DM oder 5,5 Prozent.

Im gleichen Zeitraum verringerten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie gingen um 329 Mill. DM oder 4,0 Prozent auf 7 893 Mill. DM (3 233 DM je Einwohner) zurück.

Erstmals seit 1992 sank damit das Volumen sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen unter die 8-Mrd.-Grenze.

Die im Jahr 2000 rückläufigen Einnahmen zwangen die Kommunen, ihre Ausgaben weiter auf einem harten Konsolidierungskurs zu halten. Bedingt durch den höheren Rückgang der Ausgaben wurde ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 95 Mill. DM erreicht.

Dieser sollte jedoch nicht allein zur Einschätzung der Finanzlage der Kommunen herangezogen werden, sondern es muss beachtet werden, dass 123 Mill. DM mehr bei den Ausgaben eingespart wurden als die Einnahmen rückläufig waren. Des Weiteren sollten u.a. die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen, die im Jahr 2000 bei 265 Mill. DM lagen (1999: 320 Mill. DM) mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Tabelle 1: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. DM	DM/Einwohner
1995	8 703	9 293	- 590	- 235
1996	8 459	8 750	- 291	- 117
1997	8 128	8 221	- 93	- 37
1998	8 104	8 167	- 63	- 26
1999	8 222	8 250	- 29	- 12
2000	7 893	7 798	+ 95	+ 39

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2000 bei 2 411 Mill. DM oder 988 DM je Einwohner.

Im Vergleich zum Jahr 1999 ist hier, trotz des Tarifabschlusses des vergangenen Jahres mit Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie einer weiteren Ost-West-Anpassung, ein Rückgang um 2,6 Prozent bzw. 65 Mill. DM festzustellen, der auf auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie auf einen weiteren Personalabbau zurückzuführen ist.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben bei 31 Prozent (Vorjahr : 30 Prozent).

Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	Einheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Beschäftigte	Anzahl	63 261	58 691	49 790	50 433	47 476	45 570
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	in %	- 7,5	- 7,2	- 15,2	1,3	- 5,9	- 4,0
Personalausgaben	Mill. DM	2 844,0	2 705,2	2 444,8	2 453,9	2 476,2	2 411,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	in %	- 1,9	- 4,9	- 9,6	0,4	0,9	- 2,6

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 31 Prozent ihres Ausgabenvolumens (Vorjahr: 30 Prozent) für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) lag die Personalausgabenquote bei 29 Prozent (Vorjahr 28 Prozent). Bei den Landkreisverwaltungen war ein Anstieg auf 35 Prozent (Vorjahr: 34 Prozent) festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben in DM je Einwohner mit 988 DM die niedrigsten Kosten. Sie lagen um 3 Prozent unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

Personalausgaben in DM je Einwohner

Thüringen	988
Sachsen	992
Mecklenburg-Vorpommern	1 026
Brandenburg	1 152
Sachsen-Anhalt	1 193
neue Bundesländer	1 064
früheres Bundesgebiet	1 020

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 1995 bis 2000.

Hier kann festgestellt werden, dass sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch gegenüber 1995 in allen Gebietskörperschaftsgruppen eine Reduzierung erreicht werden konnte.

Tabelle 3: Personalausgaben in DM je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Kreisfreie Städte	1 306	1 263	1 146	1 103	1 125	1 115
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	740	705	613	615	629	610
Landkreise	344	328	325	345	344	339
Gemeinden und Gemeindeverbände	1 133	1 084	984	993	1 008	988

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2000 mussten die Kommunen dafür 1 496 Mill. DM aufbringen, im Jahr zuvor waren es 1 561 Mill. DM.

Für **soziale Ausgaben**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wurden im Jahr 2000 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 785 Mill. DM ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 1,4 Prozent bzw. 11 Mill. DM, welcher insbesondere auf Mehrausgaben im Rahmen der Sozialhilfe in Höhe von 9 Mill. DM zurückzuführen ist.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 46 Mill. DM (1999: 44 Mill. DM; 1998: 40 Mill. DM) erneut an.

Trotz ihres noch hohen Investitionsbedarfes waren die Thüringer Kommunen im Jahr 2000 erneut gezwungen ihre **Investitionsausgaben** zu reduzieren. Hauptgrund dafür waren die um 137 Mill. DM gegenüber 1999 niedrigeren Investitionszuweisungen vom Land.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist nach einem geringen Anstieg im Jahr 1999 ein starker Rückgang im investiven Bereich zu erkennen.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Verringerung der Investitionsausgaben um 14 Prozent bzw. 301 Mill. DM zu verzeichnen, wobei die Ausgaben für Baumaßnahmen um 270 Mill. DM (- 15 Prozent) sanken und die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen gegenüber 1999 um 31 Mill. DM bzw. um 11 Prozent zurückgingen.

Tabelle 4: Ausgaben für Sachinvestitionen nach Jahren

Investition	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Mill. DM					
Baumaßnahmen	2 288,5	2 049,7	1 880,7	1 810,9	1 846,3	1 575,9
Erwerb von Sachvermögen	372,6	327,1	270,5	273,1	266,2	235,6
Sachinvestitionen insgesamt	2 661,1	2 376,8	2 151,2	2 084,0	2 112,5	1 811,5
Veränderung zum Vorjahr in %	- 17,0	- 10,7	- 9,5	- 3,1	1,4	- 14,2

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2000 bei 23 Prozent (1995: 29 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote bei 22 Prozent (früheres Bundesgebiet: 16 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 1 576 Mill. DM entfielen zwei Drittel (1 050 Mill. DM) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, die

übrigen Mittel auf die Landkreise (250 Mill. DM) und kreisfreien Städte (275 Mill. DM).

Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (Tabelle 5) zeigt, dass fast zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in allen genannten Aufgabenbereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

Tabelle 5: Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverwaltung nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1997		1998		1999		2000		Veränderung 2000 zu 1999 in %
	Mill. DM	DM je Einwohner							
Schulen	292,5	118	258,7	105	244,7	100	190,6	78	- 22,1
Städteplanung	218,9	88	269,4	109	293,7	120	259,7	106	- 11,6
Straßen	502,1	202	481,6	195	457,6	186	431,7	177	- 5,7
Abwasserbeseitigung	38,2	15	34,6	14	35,5	15	24,6	10	- 30,8
Allgemeines Grundvermögen	175,3	71	158,7	64	147,1	60	134,4	55	- 8,6
Insgesamt	1 880,7	757	1 810,9	733	1 846,3	752	1 575,9	646	- 14,6

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2000 auf 1 247 Mill. DM (511 DM je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 16 Prozent (NBL: 17 Prozent, früheres Bundesgebiet: 39 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte ebenfalls 16 Prozent (NBL: 17 Prozent, früheres Bundesgebiet: 40 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Steuereinnahmen um 21 Mill. DM (- 2 Prozent).

Thüringen erreichte bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 511 DM ein Drittel des Niveaus der alten Bundesländer (1 523 DM).

Mit einem Anteil von 34 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2000 die Gewerbesteuer (netto; das

heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 427 Mill. DM und einem Anstieg um 9 Mill. DM bzw. 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr die ergiebigste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2000 knapp 324 Mill. DM in die Gemeindekassen (Vorjahr 314 Mill. DM); aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit insgesamt 352 Mill. DM jedoch 50 Mill. DM weniger als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Einnahmen in Höhe von 126 Mill. DM. Das waren 9 Mill. DM oder 8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit 18 Mill. DM oder 1,4 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2000 nahmen die Thüringer Gemeinden 9,4 Mill. DM an Vergnügungssteuern (Vorjahr: 9,3 Mill. DM) und 8,4 Mill. DM an Hundesteuern (Vorjahr: 7,9 Mill. DM) ein.

Tabelle 6: Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1998		1999		2000		Veränderung 2000 zu 1999 in %
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	354,7	144	401,7	164	352,0	144	- 12,4
Gewerbesteuer (netto)	438,2	177	418,7	171	427,4	175	2,1
Grundsteuer A + B	301,5	122	313,8	128	323,7	133	3,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	110,5	45	116,9	48	126,1	52	7,9
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	17,0	7	17,3	7	18,0	7	3,7
Insgesamt	1 221,9	495	1 268,5	517	1 247,2	511	- 1,7

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit 1 084 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr um 36 Mill. DM (- 3 Prozent) gesunken.

Über Mieten und Pachten flossen 13 Mill. DM weniger in die Kassen der Gemeinden.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten waren 2000 um fast 18 Mill. DM geringer als im Jahr zuvor. Bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren war ein Rückgang um fast 6 Mill. DM festzustellen.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen über 11 Mill. DM mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren dagegen um mehr als 2 Mill. DM geringer als vor Jahresfrist.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. stiegen gegenüber 1999 um 3 Mill. DM an.

Der Rückgang bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb gliedert sich wie folgt auf die Gebietskörperschaftsgruppen auf:

kreisfreie Städte	- 11 Mill. DM
kreisangehörige Gemeinden	- 12 Mill. DM
Landkreise	- 12 Mill. DM

Eine mögliche Ursache für den Rückgang der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb ist die auch im Jahr 2000 erfolgte weitere Ausgliederung von Gebührenhaushalten aus den kommunalen Haushalten und deren Überführung in eine andere Trägerschaft.

Tabelle 7: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1998		1999		2000		Veränderung 2000 zu 1999 in %
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	
Gebühren, sonstige Entgelte	599,5	243	590,9	241	570,6	233	- 3,4
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	368,7	149	369,1	150	345,1	141	- 6,5
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	148,9	60	156,0	65	168,8	69	5,5
Insgesamt	1 117,1	452	1 120,0	456	1 084,5	444	- 3,2

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Ausgehend von einer Nettokreditaufnahme von 1,3 Mrd. DM im Jahr 1993 konnte diese kontinuierlich bis 1999 auf 6 Mill. gesenkt werden. Im Jahr 2000 lagen erstmals die Tilgungsraten um 93 Mill. DM über der Neuaufnahme von Krediten.

Der **Schuldenstand** der Kommunen wurde ausgehend vom Stand nach der jährlichen Schuldenstatistik 1999 über das laufende Jahr 2000 in der Kassenstatistik fortgeschrieben,

das heißt es wurde jeweils lediglich die Schuldenaufnahme addiert und die Schuldentilgung subtrahiert. Mögliche Berichtigungen sowie sonstige Zu- und Abgänge blieben unberücksichtigt, so dass der fortgeschriebene Schuldenstand nach der vierteljährlichen Kassenstatistik gegenüber dem Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik um 57 Mill. DM geringer ist.

Der fortgeschriebene Schuldenstand belief sich im Jahr 2000 auf 5 843 Mill. DM und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2 393 DM.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2000 einen Schuldenstand von 1 210 Mill. DM (2 121 DM je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungs-

gemeinschaften) 3 364 Mill. DM (1 798 DM je Einwohner) und die Landkreisverwaltungen waren mit 1 268 Mill. DM oder 678 DM je Einwohner verschuldet.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen jungen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden die am höchsten verschuldeten sind, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (2 467 DM) vor den sächsischen Gemeinden (2 456 DM). Danach folgen Sachsen-Anhalt (2 415 DM) und Thüringen (2 393 DM).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am 31.12.2000 mit 1 375 DM pro Einwohner verschuldet.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nahmen auch im Jahr 2000 die **Landeszuschüsse** einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2000 erhielten die Thüringer Kommunen Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 4 685 Mill. DM. Das waren 59 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 2 318 Mill. DM den größten Posten

dieser Zuweisungen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Landeszuweisungen blieben im Jahr mit insgesamt 1 077 Mill. DM um 11,3 Prozent unter dem Vorjahresbetrag.

Weitere 1 290 Mill. DM wurden als Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie in Form von Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Thüringer Gemeinden wie auch die der anderen neuen Bundesländer trotz ihrer allmählich wachsenden Steuerkraft auf Zuweisungen ihrer Länder in hohem Maße angewiesen bleiben, um damit ihre nach wie vor schwache Finanzkraft zu kompensieren.

Erst wenn mit der Zunahme der originären, selbstbestimmten Einnahmen die Abhängigkeit der Kommune von der Landeskasse sinkt, kann von einer kommunalen Finanzhoheit als Voraussetzung für eine kommunale Selbstverwaltung gesprochen werden.¹⁾

1) Finanzwirtschaft 7/2000, Seite 164

Tabelle 8: Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgem.			Landkreise		
	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999	1999	2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Personalausgaben	2 476	2 411	- 2,6	646	636	- 1,4	1 184	1 141	- 3,6	647	633	- 2,1
Laufender Sachaufwand	1 561	1 496	- 4,2	387	370	- 4,3	584	552	- 5,5	590	574	- 2,7
Soziale Leistungen	774	785	1,4	254	260	2,6	15	16	5,8	505	509	0,8
Zinsausgaben	333	327	- 2,0	73	73	0,5	186	181	- 3,0	75	73	- 2,0
Sachinvestitionen	2 113	1 811	- 14,2	375	327	- 12,9	1 389	1 182	- 14,9	348	303	- 13,1
Sonstige Ausgaben	1 802	1 781	- 1,2	404	414	2,7	1 071	1 065	- 0,6	327	302	- 7,8
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	809	813	0,5	16	17	6,0	216	201	- 7,1	576	595	3,3
Gesamtausgaben ¹⁾	8 250	7 798	- 5,5	2 121	2 063	- 2,7	4 213	3 936	- 6,6	1 916	1 799	- 6,1
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	1 268	1 247	- 1,7	402	395	- 1,8	867	853	- 1,6	-	-	-
Ersätze zum Familienleistungsausgleich	98	109	11,3	29	33	13,6	69	76	10,3	-	-	-
Schlüsselzuweisungen	2 317	2 318	0,0	521	500	- 4,0	1 227	1 248	1,7	569	570	0,1
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	56	94	67,6	33	33	- 0,9	6	45	613,4	17	17	- 0,5
Erstattungen und laufende Zuweisungen vom Land	1 106	1 087	- 1,7	321	330	2,7	131	128	- 2,2	654	630	- 3,7
Gebühren, zweckgebundene Abgaben	555	531	- 4,2	175	170	- 2,9	134	133	- 1,0	245	228	- 6,9
Zuweisungen für Investitionen vom Land	1 214	1 077	- 11,3	258	240	- 6,9	710	613	- 13,6	247	223	- 9,4
Sonstige Einnahmen	2 416	2 243	- 7,1	364	334	- 8,1	1 253	1 101	- 12,1	799	807	1,1
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	809	813	0,5	16	17	6,0	216	201	- 7,1	576	595	3,3
Gesamteinnahmen ¹⁾	8 222	7 893	- 4,0	2 087	2 017	- 3,3	4 181	3 996	- 4,4	1 954	1 880	- 3,8
Finanzierungssaldo	- 29	95	x	- 35	- 46	x	- 32	60	x	38	81	x
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	494	430	- 12,9	70	88	26,1	329	292	- 11,1	95	50	- 47,5
Schuldentilgung am Kreditmarkt	488	523	7,1	56	121	116,7	343	318	- 7,2	89	83	- 6,6
Schuldenstand am 31.12.	5 931	5 843	- 1,5	1 243	1 210	- 2,7	3 387	3 364	- 0,7	1 302	1 268	- 2,6

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene